

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN DER BUNDESFACHGRUPPE SCHWERTRANSPORTE UND KRANARBEITEN (AGB-BSK Kran und Transport 2013) (Stand 01.10.2013)

I. ALLGEMEINER TEIL

1. Allen unseren Kran- und Transportleistungen sowie Grobmontagen liegen die nachstehenden Bedingungen zugrunde, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen (z.B. HGB oder CMR, CMNI/CLNI, CIM/COTIF oder MÜ).

2. Kranleistungen im Sinne dieser Bedingungen werden in zwei Regelleistungstypen erbracht:

2.1. Leistungstyp 1 - Krangestellung

Krangestellung bezeichnet die Überlassung von Hebezeugen samt Bedienungspersonal an den Auftraggeber zur Durchführung von Arbeiten nach dessen Weisung und Disposition.

2.2. Leistungstyp 2 - Kranarbeit

Kranarbeit ist Güterbeförderung, insbesondere das Anheben, Bewegen und die Ortsveränderung von Lasten und/oder Personen zu Arbeitszwecken mit Hilfe eines Hebezeuges und bezeichnet die Übernahme eines oder mehrerer vereinbarter Hebemanöver durch den Auftragnehmer nach dessen Weisung und Disposition. Hierzu zählt insbes. auch der isolierte Schwergutumschlag mit Hilfe eines Kranes.

3. Transportleistung im Sinne dieser Geschäftsbedingungen ist die gewerbsmäßige Beförderung von Gütern sowie die Bewegung oder Ortsveränderung von Gütern insbes. mittels besonderer Transporthilfsmittel wie z.B. Schwerlastrollen, Panzerrollen, Walzwagen, Hebebocke, Luftkissen, hydr. Hubgerüsten und Hubportalen, o. ä. (sog. Flur- und Quertransporte), einschl. der damit im Zusammenhang stehenden transportbedingten Zwischenlagerung. Schwergut wird regelmäßig unverpackt und unverplant transportiert. Das Verpacken und Verplanen des Ladegutes sowie Laden, Stauen und Zurren und das Entladen schuldet der Auftragnehmer – außer bei Seefracht - nur, wenn dies vereinbart ist. Bei Schiffsbeförderungen ist der Auftraggeber mit offener Decksverladung einverstanden.

4. Grobmontagen und -demontagen sind, falls vereinbart, Bestandteile der Kran- oder Transportleistung. Darunter fällt das Zusammenfügen oder Zerlegen sowie das Befestigen oder Lösen des Ladegutes für Zwecke der Transportvorbereitung oder -abwicklung. Für darüber hinausgehende Montageleistungen (Endmontage, Probelauf, Feinjustierungen etc.) gelten die BSK-Montagebedingungen jeweils neuester Fassung.

5. Ergebnisse von Einsatzstellenbesichtigungen und besondere Vereinbarungen, z.B. über Be- und Entladeort, Kranstandplatz usw., sollen von den Parteien protokolliert werden.

6. Verträge über die Durchführung von Großraum- und Schwertransporten sowie Kranverbringungen im öffentlichen Straßenverkehr bedürfen der Erlaubnis oder Genehmigung der zuständigen Behörde, insbesondere gemäß § 18 I 2 und § 22 II., IV und § 29 III und § 46 I Nr. 5 StVO sowie § 70 I StVZO. Diese Verträge werden ausschließlich unter der aufschiebenden Bedingung der rechtzeitigen Erlaubnis- bzw. Genehmigungserteilung geschlossen.

7. Sofern verkehrslenkende Maßnahmen (Polizeibegleitung etc.) oder sonstige Auflagen und Nebenbestimmungen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs und/oder zum Schutz der Straßenbausubstanz behördlich verfügt werden, stehen diese Verträge auch unter der aufschiebenden Bedingung der rechtzeitigen Verfügbarkeit der Sicherungskräfte und der rechtzeitigen Umsetzbarkeit der behördlichen Sicherungsmaßnahmen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die notwendigen behördlichen Erlaubnisse und Genehmigungen rechtzeitig nach den einschlägigen Verwaltungsvorschriften zu beantragen und den Auftraggeber unverzüglich über solche Auflagen und Nebenbestimmungen zur Transportdurchführung zu informieren, die den Transportablauf erschweren oder behindern könnten. Es gilt hierzu das BSK-Merkblatt: Verkehrslenkende Maßnahmen.

8. Der Auftragnehmer ist berechtigt, andere Unternehmen zur Erfüllung der vertraglich übernommenen Verpflichtung einzuschalten, sofern nichts anderes vereinbart wurde.

9. Der Auftragnehmer ist berechtigt, unter Ausschluss von Schadenersatzansprüchen vom Vertrag zurückzutreten, wenn nach sorgfältiger Prüfung vor oder während des Einsatzes von Fahrzeugen, Geräten oder Arbeitsvorrichtungen aller Art und trotz aller zumutbaren Anstrengungen zur Schadensvermeidung wesentliche Schäden an fremden und/oder eigenen Sachen und/oder Vermögenswerten bzw. Personenschäden mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zu vermeiden sind. Der Ausschluss der Schadenersatzansprüche entfällt, wenn der Auftragnehmer die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns (Frachtführers) nicht beachtet hat. Im Fall des Rücktritts wird bei Kranleistungen das Entgelt anteilig berechnet, bei Transportleistungen gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

10. Der Auftragnehmer ist berechtigt, den Einsatz bei Gefahr für Ausrüstung, Ladegut, Personal und/oder Dritte sofort zu unterbrechen. Witterungsbedingte Unterbrechungen mindern den Anspruch auf Entgelt unter Anrechnung ersparter Aufwendungen nicht, wenn die witterungsbedingten Hemmnisse trotz zumutbarer Anstrengung nicht zu überwinden waren.

11. Maßgebend für die Leistung des Auftragnehmers sind der Kran- oder Transportauftrag bzw. die Vereinbarungen im internat. Frachtbrief. Nur wenn dies vereinbart ist, stellt der Auftragnehmer darüber hinaus auch notwendiges Hilfs-, Einweis- und sonstiges Personal sowie den ggf. erforderlichen Anschläger auf Kosten des Auftraggebers. Sofern nichts anderes vereinbart ist, wird nach Zeiteinheiten (Stunden- oder Tagessätzen) abgerechnet. Die Vergütungspflicht beginnt, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist, mit der Abfahrt des Hebe- oder Transportfahrzeuges vom Betriebshof des Auftragnehmers und endet mit dessen Rückkehr. Sind Stunden- oder Tagessätze vereinbart, gelten diese auch für die An- und Abfahrts- sowie Rüstzeiten. Abgerechnet wird bei Stundensätzen je angefangene halbe Stunde, bei Abrechnung nach Tagessätzen jeder angefangene Arbeitstag. Gebühren und Kosten für behördliche Aufwendungen sowie alle Beschaffungskosten und Kosten, die durch behördliche Auflagen und sonstige Nebenbestimmungen entstehen, sowie Polizeibegleitgebühren oder Kosten für firmeneigene Transportsicherung und sonstige Kosten für behördlich angeordnete Sicherheitsvorkehrungen trägt der Auftraggeber, soweit nichts anderes vereinbart wurde. Die vereinbarten Beträge verstehen sich ohne Mehrwertsteuer, die dem Auftragnehmer in jeweils gesetzlicher Höhe zusätzlich zu vergüten ist

II. BESONDERER TEIL

1. Abschnitt

Krangestellung

Pflichten des Auftragnehmers und Haftung

12.1 Besteht die Hauptleistung des Auftragnehmers in der bezeichneten Überlassung eines Hebezeuges samt Bedienungspersonal an den Auftraggeber zur Durchführung von Arbeiten nach dessen Weisung und Disposition, so schuldet der Auftragnehmer die Überlassung eines im Allgemeinen und im Besonderen geeigneten Hebezeuges, das nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und den geltenden Regeln der Technik TÜV- und UVV-geprüft sowie betriebsbereit ist. Für das überlassene Personal haftet der Auftragnehmer nur im Rahmen der geltenden Grundsätze zum Auswahlverschulden.

12.2 Eine Haftung für nicht rechtzeitige Gestellung ist ausgeschlossen bei höherer Gewalt, Streik, Straßensperrung und sonstigen unvermeidbaren Ereignissen, es sei denn, der Auftragnehmer hätte deren Folgen bei Wahrung der verkehrserforderlichen Sorgfalt abwenden können.

12.3 In allen anderen Fällen nicht rechtzeitiger Gestellung ist die Haftung des Auftragnehmers – außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit - begrenzt auf den typischerweise vorhersehbaren Schaden.

2. Abschnitt

Kranarbeiten und Transportleistungen

Pflichten des Auftragnehmers und Haftung

13. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle ihm erteilten Aufträge mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und technischen Möglichkeiten unter Beachtung der einschlägigen Regeln der Technik ordnungsgemäß und fachgerecht auszuführen.

14. Der Auftragnehmer verpflichtet sich insbesondere, allgemein und im Besonderen geeignete Transportmittel und Hebezeuge, die betriebsbereit, betriebssicher und nach den geltenden Bestim-

ungen TÜV- und UVV-geprüft sind, zum Einsatz zu bringen. Darüber hinaus verpflichtet sich der Auftragnehmer, allgemein und im Besonderen geeignetes Bedienungspersonal (Kranführer und Kraftfahrer), das mit der Bedienung des Transportmittels bzw. des Hebezeuges vertraut ist, zur Verfügung zu stellen.

15.1. Besteht die Hauptleistung des Auftragnehmers in der Kranarbeit und/oder Transportleistung, so gelten die gesetzlichen Vorschriften über das Frachtgeschäft. Die Haftung des Auftragnehmers für Güterschäden ist – außer in Fällen des qualifizierten Verschuldens - begrenzt auf 8,33 Sonderziehungsrechte (SZR) je Kilogramm des beschädigten oder in Verlust gegangenen Gutes. Bei Schiffsbeförderungen haftet der Auftragnehmer in diesen Fällen mit max. 2 SZR pro Kilo Rohgewicht der Sendung oder max. 666,6 SZR pro Packstück oder Einheit.

15.2. Der Auftragnehmer verzichtet auf die Einrede der summenmäßigen Haftungsbegrenzung gemäß Ziffer 15.1. für Güterschäden bis zum Betrag von € 500.000,- sowie für sonstige Vermögensschäden bis zum Betrag von € 125.000,-, jeweils pro Schadenereignis.

15.3. Die Haftung des Auftragnehmers ist ausgeschlossen, wenn der Schaden durch ein Verhalten seiner Leute, die Schiffsbesatzung oder sonstiger Personen im Dienste des Schiffes bei der Führung oder sonstigen Bedienung des Schiffes oder durch Feuer oder Explosion an Bord des Schiffes entstanden ist.

16. Sofern der Auftraggeber einen höheren Betrag als in Ziff. 15.2 wünscht, so ist vor Auftragserteilung eine ausdrückliche Vereinbarung darüber zu treffen, und der Auftragnehmer ist berechtigt, die Kosten einer entsprechenden Versicherung für die höhere Haftung dem Auftraggeber in Rechnung zu stellen.

17.1. Zur Versicherung des Gutes ist der Auftragnehmer nur verpflichtet, soweit ein ausdrücklicher schriftlicher Auftrag dazu unter Angabe des Versicherungswertes und der zu deckenden Gefahren vorliegt; die bloße Wertangabe ist nicht als Auftrag zur Versicherung zu verstehen.

17.2. Durch Entgegennahme des Versicherungsscheines (Police) übernimmt der Auftragnehmer nicht die Pflichten, die dem Auftraggeber als Versicherungsnehmer obliegen; jedoch hat der Auftragnehmer alle üblichen Maßnahmen zur Erhaltung des Versicherungsanspruches zu treffen.

17.3. Mangels abweichender schriftlicher Vereinbarungen versichert der Auftragnehmer zu den an seinem Firmensitz üblichen Versicherungsbedingungen.

Pflichten des Auftraggebers und Haftung

18. Der Auftraggeber hat alle technischen Voraussetzungen, die für die ordnungsgemäße und gefahrlose Durchführung des Auftrages erforderlich sind, auf eigene Rechnung und Gefahr zu schaffen und während des Einsatzes aufrechtzuerhalten. Insbesondere ist der Auftraggeber verpflichtet, das zu behandelnde Gut in einem für die Durchführung des Auftrages bereiten und geeigneten Zustand zur Verfügung zu halten. Der Auftraggeber ist außerdem verpflichtet, die Maße, Gewichte und besonderen Eigenschaften des Gutes (z.B. Schwerpunkt, Art des Materials usw.) sowie im Falle von Kranleistungen die Anschlagpunkte rechtzeitig und richtig anzugeben.

19. Der Auftraggeber hat die zum Befahren von fremden Grundstücken, nicht öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen erforderlichen Zustimmungen der Eigentümer zu besorgen und den Auftragnehmer von Ansprüchen Dritter, die sich aus einer unbefugten Inanspruchnahme eines fremden Grundstückes ergeben können, freizustellen.

20. Darüber hinaus ist der Auftraggeber dafür verantwortlich, dass die Boden-, Platz- und sonstigen Verhältnisse an der Einsatzstelle sowie den Zufahrtswegen - ausgenommen öffentliche Straßen, Wege und Plätze - eine ordnungsgemäße und gefahrlose Durchführung des Auftrages gestatten. Insbesondere ist der Auftraggeber dafür verantwortlich, dass die Bodenverhältnisse am Be- und Entladeort bzw. Kranstandplatz sowie den Zufahrtswegen den auftretenden Bodendrücken und sonstigen Beanspruchungen gewachsen sind. Schließlich ist der Auftraggeber verantwortlich für alle Angaben über unterirdische Kabelschächte, Versorgungsleitungen, sonstige Erdleitungen und Hohlräume, die die Tragfähigkeit des Bodens an der Einsatzstelle oder den Zufahrtswegen beeinträchtigen könnten. Auf die Lage und das Vorhandensein von Frei- und Oberleitungen, unterirdischen Kabeln, Leitungen, und sonstigen Hohlräumen, oder anderen nicht erkennbaren Hindernissen, die die Stand- und Betriebssicherheit der Fahrzeuge am Einsatzort beeinträchtigen könnten, sowie auf besondere Gefährdungslagen, die sich bei Durchführung der Kran- oder Transportleistung hinsichtlich des zu befördernden Gutes und des Umfeldes ergeben können (z.B. Gefahrgut, Kontaminationsschäden etc.) hat der Auftraggeber unaufgefordert hinzuweisen.

Angaben und Erklärungen Dritter, deren sich der Auftraggeber zur Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtungen bedient, gelten als Eigenerklärungen des Auftraggebers.

21. Der Auftraggeber darf nach Auftragserteilung ohne Zustimmung des Auftragnehmers dem von ihm eingesetzten Personal keine Weisungen erteilen, die von den vertraglichen Vereinbarungen in Art und Umfang abweichen oder dem Vertragszweck zuwiderlaufen.

22. Verletzt der Auftraggeber schuldhaft die vorgenannten Verpflichtungen, insbesondere seine Vorbereitungs-, Hinweis- und Mitwirkungspflicht, so haftet er gegenüber dem Auftragnehmer für jeden daraus entstehenden Schaden. Die Vorschriften des § 414 Absatz 2 des HGB bleiben hiervon unberührt. Von Schadenersatzansprüchen Dritter, die aus der Verletzung der Pflichten des Auftraggebers herrühren, hat er den Auftragnehmer vollumfänglich freizustellen. Für den Fall der Inanspruchnahme des Auftragnehmers nach dem USchadG oder anderer vergleichbarer öffentlich-rechtlicher, nationaler oder internationaler Vorschriften hat der Auftraggeber den Auftragnehmer im Innenverhältnis in vollem Umfang freizustellen, sofern dieser den Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat. Der Einwand des Mitverschuldens bleibt für beide Parteien hiervon unberührt.

III. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

23. Die Leistungen des Auftragnehmers sind Vorleistungen und nicht zum Skontoabzug berechtigt. Die Rechnungen des Auftragnehmers sind nach Erfüllung des Auftrages sofort nach Rechnungserhalt zu begleichen, soweit bei Auftragserteilung nichts anderes vereinbart ist. Eine Aufrechnung oder Zurückbehaltung ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderungen zulässig, es sei denn, beim Auftraggeber handelt es sich um einen Verbraucher. Der Auftragnehmer hat wegen aller fälligen und nicht fälligen Forderungen, die ihm aus den in Ziff. 2 bis 4 genannten Tätigkeiten gegenüber dem Auftraggeber zustehen, ein Pfandrecht und ein Zurückbehaltungsrecht an den in seiner Verfügungsgewalt befindlichen Gütern oder sonstigen Werten. Das Pfand- und Zurückbehaltungsrecht geht jedoch nicht über das gesetzliche Fuhrunternehmer bzw. Vermietepfandrecht und das allgemeine Zurückbehaltungsrecht hinaus. Hinsichtlich eines Pfand- und Zurückbehaltungsrechts wegen Forderungen aus anderen mit dem Auftraggeber abgeschlossenen Verkehrsverträgen gilt § 366 Abs. 3 HGB. Der Auftragnehmer darf auch ein Pfand- und Zurückbehaltungsrecht wegen Forderungen aus anderen mit dem Auftraggeber abgeschlossenen Verträgen nur ausüben, soweit diese unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind oder wenn die Vermögenslage des Schuldners die Forderung des Auftragnehmers gefährdet. An die Stelle der in § 1234 BGB bestimmten Frist für die Androhung des Pfandverkaufs von einem Monat tritt in allen Fällen eine solche von zwei Wochen. Ist der Auftraggeber in Verzug, kann der Auftragnehmer nach erfolgter Verkaufsandrohung von den in seinem Besitz befindlichen Gütern und Werten eine solche Menge, wie nach seinem pflichtgemäßen Ermessen zur Befriedigung erforderlich ist, freihändig verkaufen. Für den Pfand- oder Selbsthilfeverkauf kann der Auftragnehmer in allen Fällen eine ortsübliche Verkaufsprovision vom Nettoerlös berechnen.

24. Erfüllungsort und Gerichtsstand auch für Scheck- und Wechselklagen unter Kaufleuten ist ausschließlich der Sitz des Auftragnehmers. Alle vom Auftragnehmer abgeschlossenen Verträge unterliegen dem deutschen Recht. Das gilt auch für ausländische Auftraggeber.

25. Soweit für Erklärungen die Schriftform verlangt wird, steht ihr die Datenfernübertragung und jede sonst lesbare Form gleich, sofern sie den Aussteller erkennbar macht.

26. Sollten aus Vertrags- oder Rechtsgründen Teile dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen unwirksam oder im Einzelfall nicht anwendbar sein, so bleiben alle übrigen Bestimmungen hiervon unberührt; § 139 BGB ist insofern abbedungen.

**GENERAL TERMS AND CONDITIONS OF
THE GERMAN FEDERAL WORKING GROUP HEAVY HAULAGE AND CRANE WORK
(AGB-BSK Crane and Haulage 2013) (Status 01.10.2013)**

I. GENERAL SECTION

1. All our crane and haulage services, as well as rough assemblies, are subject to the following terms and conditions unless overriding statutory regulations stipulate otherwise (e.g. German Commercial Code (HGB) or CMR, CMNI/CLNI, CIM/COTIF or MÜ).
2. **Crane services** in the meaning of these terms and conditions are provided in two categories:
 - 2.1. **Category 1 - Crane hire**
Crane hire means the provision of hoisting equipment with operating personnel to the customer for carrying out work in accordance with the customer's instructions and arrangements.
 - 2.2. **Category 2 - Crane work**
Crane work refers to the carriage of goods, especially hoisting, moving and transporting loads and/or persons for the purpose of working with a mobile hoist and relates to accomplishing one or several contracted hoisting manoeuvres by the contractor according to the instructions and arrangements. This includes especially isolated marshalling of heavy objects by means of a crane.
3. **Transport service** in the meaning of these terms and conditions is the commercial transportation of goods and moving or relocating goods, especially by means of special auxiliary transportation gear such as e.g. heavy load rollers, armoured rollers, heavy duty roller gears, lifting jacks, air cushions, hydraulic lifting scaffolding and lifting portals or similar (so-called ground or transfer transports) including interim storage in connection with the transportation. Heavy items are usually transported unpacked and without tarpaulin cover. Packaging or covering the load with tarpaulins, loading, stowing and lashing – excepting sea cargo – are only owed by the contractor if this is contracted. The customer is agreed with open deck loading for shipment by sea.
4. **Rough assemblies and disassemblies** are components of the crane or transport service if this is contracted. This includes fitting together or disassembling and fastening or loosening the load for preparing or carrying out the transportation. The BSK Terms and Conditions of Assembly in the latest version apply for assembly services going beyond this (final assembly, trial run, fine adjustments, etc.).
5. Results of site inspections and special agreements, e.g. with regard to the loading and unloading locations, crane location, etc. must be recorded in writing by the parties.
6. Contracts for carrying out large volume and heavy transports or moving cranes in public road traffic require the permission or approval of the responsible public authority, especially with regard to § 18 I 2 and § 22 II, IV and § 29 III and § 46 I No. 5 of the Federal Road Traffic Regulations (StVO) as well as § 70 I Federal Road Traffic Registration Act (StVZO). These contracts are concluded exclusively under the condition precedent that the required permission or approval is granted in good time.
7. If the authorities order traffic direction measures (police escort, etc.) or decree other requirements and ancillary stipulations to comply with road safety and unimpeded traffic circulation and/or to protect road surfaces, then these contracts are also concluded under the condition precedent that the escort and/or safety personnel is available in good time and that the official traffic safety measures can be implemented in good time. The contractor commits to inform the customer immediately of such requirements and ancillary stipulations for executing the transport which could handicap or hinder the transport. In this respect we refer to the BSK information leaflet "Traffic Direction Measures".
8. Unless otherwise agreed, the contractor is entitled to employ other enterprises to fulfil the assumed contractual obligations.
9. The contractor is entitled to withdraw from the contract without this giving rise to damage compensation claims if a careful examination before or during the deployment of vehicles, equipment or working devices of any kind has revealed that significant damage to third party and/or own property and/or assets or injury to persons will very probably be inevitable despite all reasonable efforts to avoid such damage. The exclusion of damage compensation claims is void if the contractor ignored the due diligence required of a proper merchant (carrier). In the case of withdrawal, the remuneration for crane services is charged pro rata and transport services are subject to the statutory provisions.
10. The contractor is entitled to interrupt the deployment immediately in case of hazard to equipment, load, personnel and/or third parties. Interruptions caused by weather conditions do not diminish the entitlement to claim remuneration while taking saved expenditure into account if the impediments due to adverse weather conditions were insurmountable despite reasonable endeavours.
11. The service by the contractor is determined according to the crane or transport order or the agreements in the international consignment note. Only if so agreed does the contractor also supply necessary auxiliary, instruction and other personnel and the possibly necessary slingers at the cost of the customer. Unless otherwise agreed, billing is according to time units (hourly or daily rates). Unless otherwise agreed, the remuneration obligation comes into being with departure of the lifting or transport vehicle from the company grounds of the contractor and ends when said vehicle returns. If hourly or daily rates are agreed, then these also apply for outbound and homebound travelling times and for rigging times. Hourly rates are accounted as per started half-hour and daily rates as per started working day. Unless otherwise agreed, the customer bears the charges and costs for official charges and all procurement costs and costs incurred due to official requirements and other ancillary stipulations, as well as police escort fees or the costs for the company's own safety measures and other costs for safety precautions ordered by the authorities. The agreed amounts are understood as without VAT, which must be paid to the contractor in addition in the respective statutory amount.

II. SPECIAL SECTION

Chapter 1

Crane hire

Obligations and liability of the contractor

- 12.1 If the main service performed by the contractor consists of the designated supply to the customer of lifting equipment with operating personnel in order to carry out work in accordance with the customer's instructions and arrangements, then the contractor is under the obligation to provide a generally and particularly suitable hoist that complies with the applicable statutory provisions and valid regulations for technical equipment of the Safety Standards Authority (TÜV) and is approved pursuant to the Accident Prevention Regulations (UVV) and is ready for operation. The contractor is only liable for supplied personnel within the scope of the applicable fundamentals for a fault in the selection of personnel.
- 12.2 Liability for failure to provide equipment in good time is excluded in cases of force majeure, strikes, roadblocks and other unavoidable occurrences, unless the contractor could have avoided their consequences if the contractor had taken the necessary due care usual in the business.
- 12.3 The liability of the contractor in all other cases of failure to provide equipment in good time is limited to the typically foreseeable damage. This limitation is null and void in cases of intent or gross negligence.

Chapter 2

Crane work and transport

Obligations and liability of the contractor

13. The contractor commits to execute all orders placed with him properly and expertly with all means and technical possibilities at his disposal in observance of the applicable rules of technology.
14. The contractor commits especially to deploy generally and particularly suitable transport means and suitable hoisting equipment that comply with the applicable statutory provisions and valid regulations for technical equipment of the Safety Standards Authority (TÜV) and Accident Prevention Regulations (UVV). Furthermore, the contractor commits to provide generally and particularly suitable operating personnel (crane operators and vehicle drivers) who are familiar with operating the transport means or the hoisting equipment.
- 15.1. If the main service performed by the contractor consists of crane work and/or transportation, then the statutory regulations governing the freight carrying business apply. The liability of the contractor for damage to goods is – excepting in cases of qualified culpability – limited to 8.33 special drawing rights (SDR) per kilogramme of the damaged or lost property. For transportation by ship the contractor shall be liable in these cases to a maximum of 2 SDR per kilogramme gross weight of the consignment or a maximum of 666.6 SDR per packaging piece or unit.
- 15.2. The contractor waives the right to object to the limitation of liability in sum total pursuant to section 15.1 for damages to goods up to the amount of € 500,000.00 and for other pecuniary damages up to the amount of € 125,000.00, each per damage occurrence.
- 15.3. The contractor has no liability if the damage is caused due to the conduct of his people, the ship crew or other persons in the service of the ship in their navigation or other operation of the ship or caused due to fire or explosion on-board the ship.
16. If the customer requires a higher amount than that specified in section 15.2, this must be explicitly so agreed before the order is placed and the contractor is entitled to charge the customer for the costs of insuring a correspondingly higher liability.
- 17.1. The contractor is only obligated to insure the goods insofar as an explicit written order has been submitted for this stating the insurable value and the risks to be covered; merely stating the declared value shall not be understood as an order for insurance cover.
- 17.2. Acceptance of the insurance policy does not signify that the contractor assumes the obligations incumbent on the customer as policyholder; however, the contractor must take all usual measures in order to uphold the right to claim from the insurance.
- 17.3. In the absence of any deviating written agreements, the contractor insures to the insurance conditions usual at his registered business domicile.

Obligations and liability of the customer

18. The customer must create all technical prerequisites necessary for proper and safe realisation of the order at his own account and risk and must maintain these during the assignment. The customer is especially obligated to maintain the goods to be handled in a condition ready and suitable for executing the order. The customer is moreover obligated to state correctly and in good time the dimensions, weights and special characteristics of the goods (e.g. centre of gravity, type of material, etc.), as well as the load fastening points in the case of crane work.
19. The customer must obtain the necessary permission for the use of third party properties, private roads and places and must indemnify the contractor against any third party claims that may arise from unauthorised use of a third party property.
20. Furthermore, the customer is responsible that the ground, place and other circumstances at the deployment site, as well as the access paths – except public roads, paths and places – allow an orderly and safe execution of the assignment. The customer is especially responsible that the ground structure at the place of loading and unloading or where the crane stands and access roads can support the ground pressure loads and other loads. Finally, it is the responsibility of the customer to state all positions of underground cable conduits, supply pipelines and other lines and cavities that could impair the load-bearing capacity of the ground at the deployment site or on the access roads. Without being specially requested to do so, the customer must indicate the positions and existence of exposed and overhead conducting lines, underground cables, conduits, shafts and other cavities or other unrecognisable impediments that could impair the standing and operating safety of vehicles at the deployment site, as well as other particular hazardous situations (e.g. hazardous substances, contamination damages, etc.) which could arise while carrying out crane work or transportation with regard to the transported goods and the surroundings. Statements and declarations by third parties employed by the customer to fulfil the obligations of the customer are deemed to be own statements of the customer.
21. After placing the order, the customer is not permitted to give instructions without the consent of the contractor to the personnel of the contractor that deviate in type and scope from the contractual agreements or that are in contradiction to the purpose of the contract.
22. If the customer culpably offends against the aforesaid obligations, especially his obligation regarding preparation, information and cooperation, then the customer is liable to the contractor for any damages arising as a result. This does not affect the regulations of § 414 paragraph 2 German Commercial Code. The customer must indemnify the contractor fully against third party damage compensation claims arising from a breach of the obligations of the customer. In the case of recourse to the contractor under the Environmental Damage Act (USchadG) or other comparable public, national or international law, the customer must indemnify the contractor in the internal relationship to the full, unless the contractor caused the damage wilfully or in gross negligence. This does prejudice the plea of co-culpability for both parties.

III. CONCLUDING PROVISIONS

23. The performances of the contractor are preliminary performances and do not entitle discounts. After the assignment is fulfilled, the invoices of the contractor must be settled immediately following acceptance and invoice receipt, unless otherwise agreed at order placement. Netting or withholding is only permissible with counterclaims that are uncontested or established with lawful finality, unless the customer is a consumer. For all claims, whether due or not due, to which the contractor is entitled against the customer from the activities stated in sections 2 to 4, the contractor has a right of lien and a withholding right to the moveable items or other assets in his possession. However, the right of lien and withholding does not go beyond the statutory right of lien of a freight carrier or lessor and the general withholding right. Rights of lien and withholding due to claims from other transportation contracts concluded with the customer are governed by § 366 paragraph 3 German Commercial Code. The contractor may also only exercise a right of lien or withholding right due to claims from other contracts concluded with the customer if these claims are uncontested or established with lawful finality or if the debtor's assets situation puts the claim of the contractor at risk. The due period of one month stipulated in § 1234 German Civil Code for threatening to sell pledged items is replaced in all cases by a due period of two weeks. If the customer is in default, then after sale is threatened the contractor can freely sell that quantity of the goods and values in his possession which he deems at his own dutiful discretion to be sufficient to obtain satisfaction. In all cases the contractor can charge a locally usual sales commission from the net proceeds of the sale of pledged items or self-help sale.
24. Place of jurisdiction, also for cheque and bill of exchange protests between merchants, is exclusively the court of law with jurisdiction at the registered place of business of the contractor. All contracts concluded by the contractor are subject to German law. This also applies for non-German customers.
25. Where statements are required in writing, electronic data transmission and any other readable form is considered as equivalent provided that it clearly identifies the originator.
26. Should parts of these general terms and conditions be invalid or impracticable for any contractual or legal reasons, this shall not affect the remaining provisions: in this respect § 139 German Civil Code is regarded as null and void.

CONDITIONS GÉNÉRALES D'AFFAIRES
DE LA SECTION FÉDÉRALE POUR TRANSPORTS LOURDS ET MANUTENTION GRUE
(CG-BSK grues et transports 2013) (Dernière actualisation 01.10.2013)

I. GÉNÉRALITÉS

1. Les conditions suivantes constituent la base de toutes nos prestations de manutention grue et de transport ainsi que des gros oeuvres, dans la mesure où elles ne s'opposent pas à des réglementations légales contraignantes (par ex. HGB [Code de commerce] ou CMR, CMNI/CLNI, CIM/COTIF ou Convention de Montréal du 28 mai 1999).
2. Les **prestations par grue** dans le sens de ces conditions sont effectuées selon deux types de prestations réglementées :
 - 2.1. **Type de prestation 1 - Mise à disposition de grue**
Le terme de mise à disposition de grue désigne la cession de matériel de levage, personnel utilisateur compris, permettant au mandant d'effectuer des travaux selon ses instructions et dispositions.
 - 2.2. **Type de prestation 2 - Manutention grue**
La manutention grue relève de l'acheminement de marchandises, comprenant en particulier le levage, le déplacement et le changement de lieu de charges et/ou de personnes à des fins de travail à l'aide d'un engin de levage, et désigne la prise en charge par le mandataire d'une ou plusieurs manœuvres de levage convenues selon ses instructions et dispositions. En fait notamment partie le transbordement isolé de lourdes charges à l'aide d'une grue.
3. La **prestation de transport** dans le sens de ces conditions d'affaires consiste en l'acheminement professionnel de marchandises ainsi que le déplacement ou le changement de lieu de marchandises, notamment avec des moyens de transport spéciaux comme par ex. chariots pour charges lourdes, rouleaux de manœuvre, rouleaux pour charges lourdes, vérins de levage, coussins d'air, châssis de levage hydrauliques et portiques de levage, ou autres (transports à terre et transports latéraux), y compris l'entreposage intermédiaire associé exigeant un transport. Les lourdes charges sont transportées régulièrement non emballées et non bâchées. Sauf en cas de fret maritime, le mandataire n'est tenu d'emballer la marchandise et de la recouvrir d'une bâche, de même que de la charger, de l'entasser, de l'amarrer et de la décharger que si cela est convenu. En cas d'acheminement par bateau, le mandataire accepte le chargement non bâché sur le pont.
4. Les **gros oeuvres de montage et démontage** sont part de la prestation de manutention de grue ou de transport s'ils ont été convenus. Les opérations d'assemblage ou de démontage, d'arrimage ou de détachage requises pour la préparation et le déroulement du transport en font partie. Pour toutes les prestations de montage allant au-delà (montage final, marche d'essai, ajustage précis etc.), c'est la version actuelle des conditions de montage BSK qui est déterminante.
5. Les résultats de visites des chantiers et les accords particuliers, concernant par ex. les lieux de chargement et de déchargement, l'emplacement de la grue etc., devront être mis en procès verbal par les deux parties.
6. Les contrats concernant l'exécution de transports volumineux et lourds ainsi que les transports de grues sur la voie publique requièrent une autorisation ou un permis de la part des autorités compétentes, notamment selon § 18 I 2 et § 22 II, IV et § 29 III et § 46 I Nr. 5 StVO (Code de la route allemand) ainsi que § 70 I StVZO (Code d'autorisation de circulation). Ces contrats sont conclus exclusivement à la condition prorogative que le permis ou l'autorisation auront été ponctuellement accordés.
7. Dans les cas où des mesures de réglementation de la circulation (escorte policière etc.) ou autres mesures de protection et stipulations auxiliaires sont mis à disposition par les autorités pour assurer une circulation sûre et sans encombrements et/ou pour conserver l'état des routes, ces contrats sont également soumis à la condition prorogative de la disponibilité ponctuelle des forces de l'ordre et de la mise en place ponctuelle des mesures de protection administratives. Le mandataire s'engage à faire à temps les démarches administratives nécessaires à l'obtention des autorisations et permis requis et à informer immédiatement le mandant des mesures de protection et stipulations auxiliaires associées à l'exécution du transport et qui pourraient compliquer ou entraver le déroulement du transport. C'est la fiche technique du BSK « Verkehrslenkende Maßnahmen » qui fait foi dans ces cas.
8. Le mandataire est en droit d'engager d'autres entreprises pour l'accomplissement de l'engagement contractuel dans la mesure où il n'en a pas été convenu autrement.
9. Le mandataire est en droit de se retirer du contrat sans prétention à dommages et intérêts si, selon toute probabilité et après examen méticuleux avant ou pendant l'emploi de véhicules, appareils ou dispositifs de toutes sortes et malgré tous les efforts possibles entrepris pour empêcher des dégâts, des dommages essentiels ne peuvent pas être évités sur des objets et/ou des capitaux personnels et/ou de tiers ou sur des personnes. Il y a prétention à dommages et intérêts lorsque le mandataire n'a pas observé les règles de soin d'un bon commerçant (Transporteur). En cas de retrait du contrat, la rémunération est calculée proportionnellement pour les prestations par grue, pour les prestations de transport on applique les dispositions légales.
10. Le mandataire est en droit d'interrompre immédiatement le travail en cas de danger pour l'équipement, la marchandise, le personnel et/ou des tiers. Les interruptions dues aux intempéries ne réduisent pas la prétention à rémunération sous forme de facturation de dépenses économisées lorsque les contretemps dus aux intempéries n'ont pas pu être maîtrisés malgré tous les efforts exigibles.
11. L'ordre de transport ou de manutention de grue, voire les accords fixés dans le bordereau d'expédition international, sont déterminants pour la prestation du mandataire. Le mandataire ne met de personnel supplémentaire, auxiliaire ou formateur ou autre, tel qu'un grutier éventuellement nécessaire, à disposition que sur stipulation et aux frais du mandant. Dans la mesure où il n'en a pas été convenu autrement la facturation est effectuée à l'unité de temps (taux horaire ou journalier). Sauf accord divergent, l'obligation de rémunération commence à partir du moment où le véhicule de levage ou de transport quitte le dépôt du mandataire et finit à son retour. Si des taux horaires ou journaliers ont été convenus, ceux-ci comptent pour les temps d'aller et de retour au dépôt ainsi que pour les temps de préparation. Pour le calcul sur taux horaire, on compte chaque demi-heure commencée, pour le calcul sur taux journalier, chaque jour de travail commencé. Sauf accord divergent, les taxes et frais administratifs ainsi que tous les coûts d'approvisionnement et les frais résultant de mesures de protection administratives et autres stipulations auxiliaires, de même que les frais d'escorte policière, les frais d'assurance transport propres à l'entreprise et autres frais en rapport avec des mesures préventives de sécurité prescrites par la loi sont à la charge du mandant. Les sommes convenues sont nettes de taxe sur le revenu, qui sera à rembourser de surcroît au mandataire au taux légal respectif.

II. PARTICULARITÉS

1^{ère} Partie - Mise à disposition de la grue
Devoirs du mandataire et responsabilité

- 12.1 La prestation principale du mandataire réside dans la cession de matériel de levage, personnel utilisateur compris, permettant au mandant d'effectuer des travaux selon ses instructions et dispositions. Ce faisant, le mandataire s'engage à céder un matériel de levage approprié en particulier et en général, en état de marche, ayant été soumis aux contrôles imposés par la législation compétente et conforme aux réglementations techniques en vigueur TUV et UVMV. Le mandataire n'est responsable du personnel que dans le cadre légal en vigueur concernant les fautes par omission.
- 12.2 La responsabilité du mandataire est exclue dans les cas de retards de mise à disposition dus à des causes de force majeure, grèves, routes barrées et autres événements inévitables, à moins que le mandataire n'ait eu la possibilité de parer leurs conséquences en respectant les précautions exigées par le code de la route.

- 12.3 Dans tous les autres cas de retard de mise à disposition, la responsabilité du mandataire se limite aux dommages typiques et prévisibles – sauf préméditation ou négligence grave.

2^{ème} Partie - Prestations de manutention grue et de transport

Devoirs du mandataire et responsabilité

13. Le mandataire s'engage à s'acquitter dûment et professionnellement de toutes les commandes qui lui ont été passées par tous les moyens et possibilités techniques disponibles, en observant les réglementations techniques d'usage.
14. Le mandataire s'engage notamment à mettre à disposition des moyens de transport et un matériel de levage approprié en particulier et en général, en état de marche, ayant été soumis aux contrôles de réglementations techniques en vigueur TÜV et UVMV. De plus, le mandataire s'engage à fournir un personnel utilisateur (conducteur de grue, chauffeur) qualifié et entraîné en particulier et en général pour la conduite du véhicule de transport voire de l'engin de levage.
- 15.1. Si la prestation principale du mandataire réside dans la manutention grue et/ou la prestation de transport, ce sont les prescriptions légales sur les contrats de transport qui s'appliquent. La responsabilité du mandataire pour les marchandises endommagées ou perdues se limite – sauf dans les cas de fautes professionnelles – à un droit de tirage spécial (DTS) de 8,33 par kilogramme de marchandise endommagée ou perdue. En cas d'acheminement par bateau, le mandataire est responsable dans ces cas de 2 DTS max par kilo de poids brut de l'expédition ou 666,6 DTS max par paquet ou unité.
- 15.2. Le mandataire renonce à faire objection à la limitation de responsabilité sous forme de somme selon le N° 15.1 pour les dommages de marchandises allant jusqu'à un montant de 500.000,- € ainsi que pour les autres dommages financiers allant jusqu'à un montant de 125.000,- €, par sinistre respectif.
- 15.3. La responsabilité du mandataire est exclue lorsque le dommage a été causé par une action de ses employés, de l'équipage du bateau ou d'autres personnes au service du bateau lors du pilotage ou d'une autre manipulation du bateau ou par un incendie ou une explosion à bord du bateau.
16. Dans la mesure où le mandant désire fixer une somme supérieure au montant du N° 15.2, cette somme sera à convenir explicitement avant la passation de commande et le mandataire est en droit de facturer les frais occasionnés par un contrat d'assurance pour responsabilité accrue.
- 17.1. Le mandataire n'est tenu à assurer la marchandise qu'en présence de l'ordre correspondant, écrit et explicite et mentionnant le montant de l'assurance et des dangers à couvrir ; la seule mention de la valeur de la marchandise ne s'entend pas comme une injonction à contracter une assurance.
- 17.2. En acceptant la police d'assurance, le mandataire ne décharge pas le mandant de ses devoirs de souscripteur ; le mandataire est cependant tenu de prendre toutes les mesures d'usage pour le maintien du droit à assurance.
- 17.3. Sauf conventions écrites différentes, le mandataire contracte l'assurance selon les conditions d'usage sur le siège social de son entreprise.

Devoirs du mandant et responsabilité

18. Le mandant est tenu de réaliser à ses frais et périls toutes les conditions techniques nécessaires à une exécution réglementaire et sans danger de la commande et de veiller au maintien de ces conditions pendant le travail. Le mandant est tenu notamment de maintenir à disposition les biens à manutentionner et de les livrer préparés et dans un état propre à l'exécution de la commande. De plus, le mandant est tenu d'indiquer à temps et correctement les tailles, poids et particularités de la marchandise (par ex. centre de gravité, sorte de matériau etc.) ainsi que les points d'impact en cas de prestation avec grue.
19. Le mandant est tenu de fournir les agréments requis des propriétaires pour la traversée de terrains privés, rues, chemins et places non publics, et de décharger le mandataire d'exigences de tiers pouvant résulter de l'utilisation non autorisée d'un terrain privé.
20. De plus, le mandant est responsable du fait que les conditions présentées par le sol, l'emplacement etc. sur le chantier ainsi que les chemins d'accès – domaine public excepté – permettent une exécution réglementaire et sans danger de la commande. Le mandant est notamment responsable du fait que les conditions présentées par le sol sur les lieux de chargement et de déchargement, à l'emplacement de la grue ainsi que sur les chemins d'accès soient aptes à supporter la pression occasionnée et toutes autres charges. Enfin, il incombe au mandant de fournir tous les renseignements concernant les chemins de câbles souterrains, conduites d'alimentation et autres conduites et cavités pouvant altérer la charge admissible du sol sur le chantier ou sur les chemins d'accès. Le mandant est tenu de signaler de son propre chef la position et l'existence de lignes aériennes, câbles souterrains, conduites, puits et autres cavités ou de tous autres obstacles non reconnaissables pouvant altérer la stabilité et la sécurité de marche des véhicules sur le chantier, ainsi que les situations particulièrement dangereuses pour la marchandise à acheminer et pour l'environnement (par ex. matières dangereuses, dégâts de contamination etc.) pouvant survenir lors de l'exécution de la prestation de transport ou de manutention de la grue. Les indications et déclarations de tiers employés par le mandant pour accomplir ses devoirs sont considérées comme des déclarations personnelles du mandant.
21. Après la passation de commande, le mandant n'a pas le droit de donner au personnel engagé par le mandataire sans l'accord de ce dernier, des ordres différant des accords fixés par contrat dans leur nature et leur volume ou contraires au but du contrat.
22. Si le mandant manque par sa faute aux devoirs ci-dessus, notamment à ses devoirs de préparation, de renseignement et de participation, il est responsable vis-à-vis du mandataire de tout dommage qui en résulte. Ceci ne touche en rien les prescriptions du § 414 alinéa 2 HGB. Le mandant est tenu de dégager intégralement le mandataire des droits aux dommages et intérêts de tiers résultant d'un manquement du mandant. En cas de recours du mandataire au USchadG (loi sur la responsabilité environnementale) ou à des prescriptions de droit public national ou international comparables, le mandant est tenu de dégager intégralement le mandataire dans un rapport juridique interne, sauf préméditation ou faute grave de la part du mandataire. L'objection de responsabilité partagée ne s'en trouve affectée pour aucune des deux parties.

III. CONVENTIONS FINALES

23. Les prestations du mandataire sont exécutées sur paiement anticipé et sans escompte possible. Les factures du mandataire sont payables après liquidation de la commande immédiatement à la réception de la facture, sauf accord divergent lors de la commande. Une compensation ou rétention n'est admissible qu'en cas de revendications incontestables ou exécutoires, à moins que le mandant ne soit un consommateur. Concernant toutes les créances échues ou non échues lui revenant de droit en raison d'activités effectuées pour le mandant et citées aux N° 2 à 4, le mandataire dispose d'un droit de gage et d'un droit de rétention sur tous les biens ou autres valeurs dont il a le pouvoir de disposer. Le droit de gage et de rétention ne s'étend cependant pas au-delà du droit de gage légal appliqué aux entreprises de transports ou immobilier et du droit général de rétention. En ce qui concerne le droit de gage et de rétention pour cause de factures impayées provenant d'autres contrats de transport conclus avec le mandant, c'est le § 366 alinéa 3 HGB qui s'applique. Le mandataire a également le droit d'exercer un droit de gage et de rétention sur des créances issues d'autres contrats conclus avec le mandant, uniquement quand ceux-ci ont été reconnus comme incontestables et exécutoires, ou quand la situation financière du débiteur menace la créance du mandataire. Au lieu du délai fixé à un mois dans le § 1234 BGB pour la mise en demeure de vente des objets en gage, un délai de deux semaines intervient dans tous les cas. S'il y a un retard de paiement de la part du mandant, le mandataire est en droit, après mise en demeure explicite, de vendre à main libre et à son profit la quantité de biens et valeurs se trouvant en sa possession et estimée nécessaire en toute conscience. Pour la vente sur gage ou à son propre profit, le mandataire peut en tout cas facturer la provision de vente d'usage local à partir de la recette nette.
24. Le seul lieu d'exécution et tribunal compétent entre commerçants est celui du siège social du mandataire, également en ce qui concerne les plaintes pour chèques et lettres de change. Tous les contrats passés par le mandataire relèvent du droit de la République fédérale d'Allemagne. Ceci vaut également pour les mandants étrangers.

25. Quand la forme écrite est requise pour certaines déclarations, la transmission de données à distance est considérée comme identique à toute autre forme écrite dans la mesure où l'auteur la rend reconnaissable.
26. Si, pour des raisons contractuelles ou juridiques, des parties de ces conditions d'affaires s'avéraient nulles ou non applicables dans des cas particuliers, cela ne touche en rien à la validité de toutes les autres conventions ; dans cette mesure, il y a dérogation du § 139 BGB.